

Zukunft der Öffentlichkeit

Pressefreiheit – Pressevielfalt.

Eine gute Nacht?

Eine Veranstaltung der Heinrich Böll Stiftung Baden-Württemberg
16. November 2009, Theaterhaus Stuttgart



Vorwort von Heike Schiller

Vorsitzende der Heinrich Böll Stiftung Baden-Württemberg

Zeitung machen scheint kein richtiger Spaß mehr zu sein.

Und für die, die Zeitungen verlegen sind die Zeiten offensichtlich erbärmlich. Seit 2002 brechen kontinuierlich Auflagen und Einnahmen aus dem Anzeigengeschäft weg. Das Internet mit seinen – noch - weitgehend kostenlosen Informationsplattformen scheint auf dem Vormarsch – auch wenn hoffnungsfrohe Propheten dem gedruckten Wort weiter eine große Zukunft voraussagen. Zeitungsverlage fusionieren oder kaufen sich gegenseitig in atemberaubendem Tempo auf, suchen nach neuen Wegen der Effizienz und Nachrichtenvermittlung. Ganze Redaktionen werden geschlossen, ihre Arbeit von bestehenden fortgesetzt und dort wo das nicht stattfindet, nimmt der Personalabbau ebenfalls beängstigende Ausmaße an. Immer weniger Redakteurinnen und Redakteure müssen in immer größerem Tempo immer mehr leisten.

Das ist in Stuttgart so und überall in der Republik.

Da wird Qualität zum Luxus und der Eindruck, man lese mehr redaktionell bearbeitete Agenturmeldungen und Pressemitteilungen als eigenständig recherchierte Berichte, wächst. Ein Fest für die PR-Abteilungen politischer Parteien, Unternehmen, Lobbyisten und Institutionen - so scheint es.

Die neuen Informationstechnologien zwingen zu einer Revision eingespielter Routinen, sagt Frank Schirrmacher von der FAZ und in der Süddeutschen Zeitung von heute findet sich die denkwürdige Aussage von Hubert Burda und seinem Springer Kollegen Mathias Döpfner: die Werbeeinnahmen, die im Internet zu erzielen seien, reichten nie aus, Qualitätsjournalismus zu finanzieren. Wo also soll er noch herkommen? Oder brauchen wir ihn gar nicht mehr, weil die globale Unüberschaubarkeit längst den meisten Rezipientinnen und Rezipienten über den Kopf wächst und sie mit den einfachen Botschaften zufrieden sind? Auch und gerade im Lokalteil – einer in meinen Augen alles andere als zu vernachlässigenden Größe, denn dort wird verhandelt, was Bürgerin und Bürger unmittelbar betrifft.

Verlegerische Entscheidungen anzuprangern, die auf der Basis welcher Notwendigkeiten auch immer getroffen werden, kann nicht Aufgabe der Heinrich Böll Stiftung sein. Im Gegenteil, wir freuen uns, wenn es den Verlagen gut geht und sie uns das Beste zur Verfügung stellen, was sie haben. Aber genau das scheint schwieriger zu werden.

Daher treibt uns als politische Stiftung die Frage um, ob die Medien und heute insbesondere die Printmedien eine ihrer wesentlichen Aufgaben noch nachkommen, nämlich die Wächterfunktion innerhalb des Staates und die Wahrung seiner demokratischen Strukturen noch in ausreichender Vielfalt an differenzierter und recherchierter Berichterstattung zu garantieren.

Insofern setzen natürlich auch verlegerische Entscheidungen Rahmenbedingungen, die in der letzten Dekade mehr und mehr das Gegenteil vermuten lassen.

Schränken also verlegerische Entscheidungen auch die für eine Demokratie so notwendige Pressevielfalt ein? Wird Qualitätsjournalismus gegen PR-Journalismus ausgetauscht? Wir müssen und dürfen das fragen. Genauso wie wir fragen müssen und dürfen: schadet es der Pressefreiheit, wenn wachsender ökonomischer Druck und die Angst vor dem Verlust des Arbeitsplatzes in den Redaktionsstuben der Republik den voreiligen Gehorsam befördern und das Zubeißen verhindern?

Der Eindruck festigt sich, folgt man etwa den Ausführungen von Katrin Schoelkopf, die in den Diensten der Berliner Morgenpost steht und kürzlich bei einer Tagung in Hessen davon sprach, dass der wachsende Zeitdruck und permanente Personalabbau guten und angemessenen Recherchejournalismus nicht mehr oder nur noch sehr eingeschränkt erlaubt. Diese Realität lasse es kaum mehr zu, dem eigenen Anspruch gerecht zu werden. Schließlich seien inhaltliche Vorgaben der Verleger nicht von der Hand zu weisen und Tendenzberichte nicht auszuschließen. Das klingt nicht gut.

Da wird manchem hier im Saal ein seit Jahren für diese Stadt virulentes Thema dazu einfallen, bei dem jedenfalls mich immer wieder das Gefühl von ausgeprägter Tendenzberichterstattung beschlichen hat.

Immerhin war es einst Anspruch eines qualitätvollen Journalismus in einer demokratischen Gesellschaft orientierend zu wirken. Lokal, regional und überregional.

Dass sich hier über die letzten Jahrzehnte nicht nur Renditeerwartungen über Qualität gelegt haben, sondern auch andere Faktoren eine Rolle spielen, war Ende März diesen Jahres in einem Interview mit Arianna Huffington zu lesen, der Gründerin der amerikanischen Onlinezeitung »The Huffington Post«. Darin kritisiert sie die behäbige Sätturiertheit der Printmedien. Ich zitiere wörtlich:

»Ein Großteil der Unzufriedenheit mit dem traditionellen Journalismus rührt daher, dass die meisten Journalisten anscheinend vergessen haben, dass ihre erste Pflicht darin besteht, der Wahrheit nachzuspüren – egal, welche Konsequenzen ihnen blühen. Viele Journalisten haben sich in der Vergangenheit allzu häufig als Stenographen statt als Watchdogs verstanden, indem sie ihren Presseausweis als Eintrittskarte missbrauchen, um den Mächtigen möglichst nahe zu sein. Wir brauchen aber Redaktionen, die voll sind mit aufmerksamen Wachhunden und nicht mit fetten und zufriedenen Schoßhündchen.«

Halleluja, sage ich. Das ist ein fetter Schlag ins Kontor. Da kräuseln sich jedem redlich arbeitenden Redaktionsmitglied die Fußnägel und möglicherweise zu Recht wird es darauf antworten: die Verhältnisse sind eben so. Auseinandersetzen muss man sich aber dennoch mit diesem Anwurf.

So etwas könne sich keine Demokratie leisten! Hat Jürgen Habermas vor zwei Jahren in die Republik gerufen, und gleichzeitig staatliche Hilfen für den Erhalt des Qualitätsjournalismus in Erwägung gezogen. Ich weiß nicht, ob das eine glückliche Lösung sein kann – immerhin erleben wir ja derzeit das unwürdige Spiel um den Chefredakteursposten im ZDF. Die Vorstellung Ministerpräsidenten rufen nicht nur die Chefredakteure an, um sich über unbotmäßige Mitarbeiter und deren Ergüsse zu beschweren und mit was weiß ich zu drohen, sondern säßen qua Staatshilfe nicht nur bei den öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten, sondern in Zukunft auch noch in den Verwaltungsräten bisher unabhängiger Medien und bestimmten mit, wer sie künftig interviewen und über sie berichten wird – da gehe ich ganz mit Frank Schirrmacher: das geht gar nicht! so geht Demokratie nicht.

Wohin führt uns also der Strukturwandel in den Medien? Ins plappernde Nichts, weil damit möglicherweise gutes Geld zu verdienen ist oder zu dem, was eines der alten Flaggschiffe der US-Medien »Newsweek« versucht: abgestürzt aus schwindelnden Höhen in wirtschaftlich kaum mehr tragbare Tiefen hat sich das Blatt neu positioniert vom Nachrichten-Wiederkäufer zum Lieferanten von tiefer gehenden Analysen, Kommentaren und Reportagen. Wer bleiben konnte, verdient lange nicht mehr so viel wie früher, aber der Job macht wieder mehr Sinn – so ein Insider.

»Deutschland hat die besten Zeitungen der Welt« sagte jüngst der Vorsitzende des Bundesverbandes Deutscher Zeitungsverleger, Dietmar Wolf. Er muss das wissen. Er ist der Chef. Dann aber sage ich, wenn das so ist, haben wir offensichtlich auch die besten Journalistinnen und Journalisten der Welt – es fehlt ihnen zuweilen nur... ja, was denn?